

sich in den kommenden Jahren im gewohnten Rahmen abspielen. Die katholische Kirche arbeitet nach wie vor als Vollmitglied bei „Glauben und Kirchenverfassung“ mit, ebenso ist sie in der Kommission für Weltmission und Evangelisierung vertreten. Die *Gemeinsame Arbeitsgruppe* von Ökumenischem

Rat und katholischer Kirche wurde wie nach jeder Vollversammlung neu besetzt: Auf Seiten des ÖRK gehören ihr u. a. *David Gill*, Generalsekretär des Australischen Kirchenrates, der schwedische lutherische Bischof *Jonas Jonson* und der russisch-orthodoxe Theologe *Nicholas Lossky* (Paris) an. U. R.

Entwicklung: Die UNO fordert eine neue Weltordnungspolitik

Die Forderung nach einer sehr viel kraftvolleren politischen Steuerung der wirtschaftlichen und technischen Globalisierungsprozesse steht im Zentrum des „Berichts über die menschliche Entwicklung 1999“. Zum zehnten Mal legt jetzt das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen die jährlich erscheinende umfangreiche Datensammlung zu zahlreichen Aspekten menschlicher Entwicklung vor.

Die unabhängigen Sachverständigen, die im Auftrag des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) den „Bericht über die menschliche Entwicklung 1999“ erarbeitet haben, wollen nicht mißverstanden werden: Die Herausforderung der Globalisierung im neuen Jahrhundert besteht nicht darin, die Expansion der globalen Märkte zu stoppen. Es gehe vielmehr darum, auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene Regeln und Institutionen zu entwickeln, „um die Vorteile des Wettbewerbs auf globalen Märkten zu erhalten, aber gleichzeitig genügend Raum für die Belange der Menschen, des Gemeinwesens und der Umwelt zu lassen.“

Mit unzähligen Statistiken belegt der 300seitige Bericht: Die Expansion der Märkte und die Öffnung nationaler Grenzen für Handel, Kapital und Informationen verläuft in einem so rasanten Tempo, daß die notwendige politische Steuerung und die Bewältigung der sozialen Auswirkungen nicht Schritt halten können.

Dabei bestreitet der Bericht keineswegs positive Auswirkungen der rasanten wirtschaftlichen und technischen glo-

balen Vernetzung, den enormen Vorteil für Staaten, die seit Anfang der achtziger Jahre die Kräfte der Globalisierung, expandierende Märkte für sich zu nutzen wissen und so ihren Export steigern sowie Auslandsinvestitionen an sich ziehen können: neben den traditionellen Industrieländern oder den ostasiatischen Tigerstaaten etwa auch Chile, die Dominikanische Republik, Indien, Polen oder die Türkei.

Konzentration von Einkommen, Ressourcen und Wohlstand

Die international besetzte Sachverständigengruppe sorgt sich dagegen wegen der problematischen und schädlichen Trends des Globalisierungsprozesses, der Gefahren, die die hochdynamischen globalen Märkte ebenso mit sich bringen. Immer deutlicher werde die zunehmende Marginalisierung von Ländern und Bevölkerungsgruppen, die immer breitere Kluft zwischen den reicheren und den ärmeren Ländern. Trotz gegenteiliger Erwartungen hat das letzte Jahrzehnt zu einer noch stärkeren Konzen-

tration von Einkommen, Ressourcen, und Wohlstand auf bestimmte Personen, Konzerne und Länder geführt. Mit drastischen Vergleichen dokumentiert der Bericht diese wachsende Ungleichheit zwischen Arm und Reich: Auf die OECD-Länder, in denen nur 19 Prozent der Weltbevölkerung leben, entfallen 71 Prozent des globalen Handels mit Gütern und Dienstleistungen, 58 Prozent der direkten Auslandsinvestitionen. Die drei reichsten Menschen verfügen über ein Vermögen, das größer ist als das gesamte Brutto-Inlandsprodukt der als wenig entwickelt kategorisierten Länder, mit ihren rund 600 Millionen Einwohner.

Gegen Ende der neunziger Jahre verfügt das reichste Fünftel der Weltbevölkerung über 86 Prozent des Welt-Brutto-Sozialproduktes, 82 Prozent der Weltexporte, 68 Prozent der direkten Auslandsinvestitionen oder beispielsweise auch 74 Prozent aller Telefonanschlüsse. Und damit sind gleichfalls schon die Weichen für die Zukunft gestellt, denn die Forscher und Erfinder in diesem reichsten Fünftel der Weltbevölkerung halten auch 97 Prozent der Patente auf der ganzen Welt.

Ein besonderes Augenmerk richten die Entwicklungsexperten auf die Entwicklung im Bereich der neuen Informations- und Kommunikationstechniken, eine der entscheidenden Triebkräfte der Globalisierung. So wie in dieser Dynamik ein enormes Entwicklungspotential steckt – der Bericht zeigt dies besonders am Software-Exportland Indien – spaltet sich auch hier die Weltgesellschaft in „Vernetzte und Isolierte“. Zwar ist die Zahl der Computer mit Internetzugang in den letzten zehn Jahren von 100 000 auf 36 Millionen hochgeschwollen. Der Eintritt in die globale Wissensgesellschaft, der Zugriff auf das Weltwissen bleibt aber den Gutsausgebildeten und Wohlhabenden vorbehalten. 91 Prozent aller Internet-Nutzer leben in den OECD-Ländern. Der Kauf eines Computers kostet einen durchschnittlich verdienenden Bengalen acht Jahreseinkommen, den Amerikaner mit

Durchschnittsverdienst nur ein Monatsgehalt. Auf 80 Prozent aller Internet-Websites kommuniziert man in englischer Sprache. Aber etwa nur zehn Prozent der Weltbevölkerung sind des Englischen mächtig.

Eine nicht hinreichend politisch gestaltete wirtschaftliche und technische Globalisierung aber schafft noch weitere Bedrohung und Gefahren. Die Sachverständigen zeichnen ein düsteres Zukunftsszenario, sollte es nicht gelingen, ihre Dynamik in entwicklungsförderliche Bahnen zu lenken: Migrationsströme, Umweltverwüstung, Handelskriege, soziale Verwerfungen bis zum Bürgerkrieg.

Was nicht marktfähig ist, wird verdrängt

So werden Finanzkrisen wie die sogenannte Asienkrise mit der Ausbreitung und dem Anwachsen globaler Kapitalströme immer häufiger. Generell verschlechterten sich in vielen Ländern unter dem Zwang globalen Wettbewerbs die Arbeitsbedingungen, gerieten elementare Rechte der Arbeitnehmer unter Druck.

Die kulturelle Dominanz der USA in der grenzenlos gewordenen Welt – der Bericht zeigt dies an der globalen Hegemonie des Hollywoodfilms – bedroht ursprüngliche Vielfalt. Unkontrollierte, wuchernde globale Märkte befördern auch den Drogen, Waffen- und Frauenhandel, Reisen und Migration die Ausbreitung von Aids/HIV. Und auch im Gesundheitsbereich sind Risiken und Gefahren wiederum ungleich verteilt: 95 Prozent derer, die sich täglich infizieren, leben in den unterentwickelten Ländern. In diesen vielfältigen Trends aber zeigt sich vor allem ein Grundproblem: Alles, was der menschlichen Entwicklung dient, sich aber nicht am Markt orientiert, wird an den Rand gedrängt. Viele Aktivitäten und Güter, die für die menschliche Entwicklung von entscheidender Bedeutung sind, kann der Markt nicht bereitstellen. Zugleich seien diese mit dem globalen Wettbe-

werb aber einem immer stärkeren Druck ausgesetzt.

Ausführlich zeigt dies der Bericht anhand zunehmender wirtschaftlicher und sozialer Zwänge auf die sogenannte „Fürsorgearbeit“, die Sorge also für Kinder, Kranke oder alte Menschen. Gerade für diese Arbeit halte der Markt wenig Anreiz und Belohnung bereit. Zugleich bleibt die Fürsorgearbeit aber für den Aufbau und die Entwicklung von Gesellschaften unverzichtbar.

Die Konzepte der Liberalisierung und der Privatisierung sowie der gegenwärtige „Wettlauf um die Ansprüche auf geistiges Eigentum“, die derzeit ausschließlich den Globalisierungsprozeß lenken, taugen in den Augen der UNDP in jedem Fall nicht, um die sich verschärfenden Ungleichheiten, die Marginalisierung von Ländern und Bevölkerungsgruppen einzudämmen und zu verhindern. Um Nutzen und Profit der Globalisierung in den Dienst der gesellschaftlichen und menschlichen Entwicklung zu stellen, haben die Sachverständigen einen ganzen Katalog von Maßnahmen erarbeitet: sowohl für die Förderung und Schaffung einer „robusteren Struktur einer neuen Weltordnungspolitik“ als auch für die politische Steuerung dieser Prozesse auf nationaler Ebene, die anders als vielfach angenommen noch an Bedeutung zunehme.

Den Welthandelsorganisationen werden so größere Kompetenzen zugesprochen, ihr Mandat soll etwa auch Kartellbestimmungen umfassen. Maßnahmen zur Regelung und besseren Überwachung des internationalen Bankensystems werden ebenso eingefordert wie grundsätzlich höhere Transparenz und Rechenschaftspflicht auf den globalen Finanzmärkten. Mit Blick auf die „Asienkrise“ plädieren die Sachverständigen für Frühwarnsysteme und die Institutionalisierung eines internationalen Krisenmanagement. Angemahnt wird ebenso auch ein Verhaltenskodex für internationale Konzerne. Die Staatengemeinschaft soll die Überwindung der Kluft zwischen armen

und reichen Ländern als globales Ziel formulieren; über dessen Verwirklichung hätten der Wirtschaftsrat der Vereinten Nationen und die Bretton-Woods-Institute zu wachen. Die in den letzten Jahren kontinuierliche Absenkung der öffentlichen Entwicklungshilfe müsse unbedingt rückgängig gemacht werden.

Jedem Entwicklungsland empfiehlt der Bericht die Schaffung eines Gremiums, das Integrationschancen des Globalisierungsprozesses prüft. Ombudsleute für die schwächeren Länder sollten diese bei internationalen Verhandlungen unterstützen, beraten und Rechtshilfe leisten. Auch die Entwicklung und Formulierung regionaler Arbeits- und Umweltstandards könne die Entwicklungsländer im internationalen Wettbewerb schützen. Zudem mahnt auch der Entwicklungsbericht umfassende Schuldenreisse für die ärmeren Länder an. Entschiedene politische Steuerung braucht es auch, damit die Revolution im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien ihr Entwicklungspotential entfalten und auch den Bedürfnissen armer Länder und Bevölkerungsgruppen dienen kann. Unter anderem schlagen die Entwicklungsexperten zur Finanzierung eines hierfür zu schaffenden internationalen Programms eine „Bit-Steuer“ vor.

Als vor zehn Jahren UNDP den ersten, von einem unabhängigen Sachverständigenteam verfaßten Bericht über die menschliche Entwicklung veröffentlichte, stand dieser für eine neue Etappe in der entwicklungspolitischen Diskussion. Den Analysen und Empfehlungen des Berichts lag ein – in Fachkreisen und Medien heftig diskutiertes – Verständnis menschlicher Entwicklung zugrunde, das nicht nur an Wirtschaftswachstum und Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens orientiert war: „Menschliche Entwicklung ist ein Prozeß, der die Wahlmöglichkeiten der Menschen erweitert“.

In den vergangenen zehn Jahren wurden diesem Ansatz entsprechend mehrere zusammengesetzte Indices ent-

wickelt, um die verschiedenen, materiellen wie immateriellen Aspekte menschlicher Entwicklung messen zu können. Die eingeschränkte Aussagekraft schlichter Einkommensstatistiken sollte so erweitert werden. So entwickelten die vom UNDP beauftragten Experten etwa einen geschlechtsbezogenen Entwicklungsindex, eingeführt mit dem Entwicklungsbericht des Jahres 1995, oder einen Index zur Messung menschlicher Armut. Dieser erst 1997 eingeführte Index ermöglichte wiederum Aussagen über die Armutssituation in den einzelnen Entwicklungsländern, ohne sich nur auf Einkommensarmut zu beschränken. Markenzeichen des UNDP-Berichtes aber bleibt der zentrale sogenannte „HDI“ (Human Development Index): Zu gleichen Teilen zusammengesetzt aus den Einzelindikatoren Lebenserwartung, Bildungsstand (Alphabetisierungsquote) und Pro-Kopf-Einkommen. Mit der Schaffung des HDI sollten

Länder nicht mehr allein nach ihrem *ökonomischen* Entwicklungsstand bewertet werden, gemessen am Brutto-Sozialprodukt. Auch die sozialen Aspekte des menschlichen Leben konnten so in die Bewertung und Beschreibung des Entwicklungsstandes und der Entwicklungsfortschritte einfließen. Die mit diesem HDI erstellte Länderrangliste des aktuellen Berichts wird von Kanada angeführt, gefolgt von Norwegen, den USA, Japan und Belgien. Deutschland liegt auf Platz vierzehn. Die Mehrheit der unterentwickelten Ländern liegt in Afrika. Ganz am Ende der Rangliste stehen Burkina Faso, Äthiopien und Niger; das Schlußlicht hält Sierra Leone.

Nicht zuletzt haben diese Länderlisten und manche Vergleiche sowie die Konzentration der Berichte auf die Unterschiede und Ungleichheiten zwischen Arm und Reich auch bei jährlich wechselndem Themenschwerpunkten

immer auch zu deutlicher Kritik an dessen Methodik und seinen Ergebnissen geführt.

Im Rückblick auf die zehnjährige Geschichte des Berichtes, der so oder so in jedem Fall immer der entwicklungspolitischen Debatte wichtige Impulse gab, resümiert der Münchner Volkswirtschaftler *Stephan Klasen*: Mit der Betonung der immensen und vielfachen Unterschiede zwischen den armen und reichen Ländern hätten die UNDP-Berichte uns „mit Erfolg daran erinnert, daß mit der fortschreitenden Globalisierung auch eine neue globale Verantwortung und Solidarität von uns gefordert wird.“ (Süddeutsche Zeitung, 6.9.99) In diesem Sinne ist es eben doch relevant, daß das Verhältnis der Einkommen der reichsten 20 Prozent der Bürger dieses Planeten zu dem der ärmsten 20 Prozent von 30 zu 1 Anfang der sechziger Jahre bis 1997 auf 74 zu 1 gestiegen ist. A. F.

Ungewisser Ausgang

Der Machtkampf der Albaner im Kosovo

In ihrem jahrelangen Kampf gegen die serbische Unterdrückung haben die Kosovoalbaner unterschiedliche Strategien verfolgt. Auch nach der Errichtung der UN-Übergangsverwaltung stehen sich im Kosovo zwei große politische Lager der Albaner gegenüber. Eine Einigung ist nicht in Sicht; ebensowenig ist derzeit der zukünftige Status der ehemals autonomen Region innerhalb Jugoslawiens geklärt.

Mit dem Einmarsch der internationalen Kosovo-Friedenstruppe (KFOR) am 12. Juni 1999 in die gleichnamige Provinz und der faktischen Übernahme der Regierungsgewalt durch die zivile UNO-Übergangsverwaltung (UNMIK) unter *Bernard Kouchner* haben die Kosovoalbaner eine erste wichtige Etappe in ihrem jahrelangen Kampf für eine von Jugoslawien unabhängige „*Republik Kosova*“ erzielt. Nicht erreicht wurde dagegen bislang eine Einigung zwischen den beiden großen politischen Lagern der Albaner, der gemäßigten „*Demokratischen Liga Kosovos*“ (LDK) unter *Ibrahim Rugova* und den radikalen Kräften um die „*Befreiungsarmee Kosovos*“ (UÇK),

die erbittert um die politische Vorherrschaft in der Provinz ringen. Alle politischen Kräfte der Kosovoalbaner sind sich jedoch in ihrer zentralen Forderung nach einer völligen Unabhängigkeit der ehemals autonomen jugoslawischen Provinz einig.

Doch während die LDK seit ihrer Gründung Ende 1989 Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele stets ablehnte („Gandhi-Kurs“), sahen vor allem linke Parteien und Organisationen in den vergangenen zwei Jahren in einem bewaffneten Kampf die einzige Möglichkeit, die staatliche Loslösung von Restjugoslawien zu forcieren. Bestärkt wurden